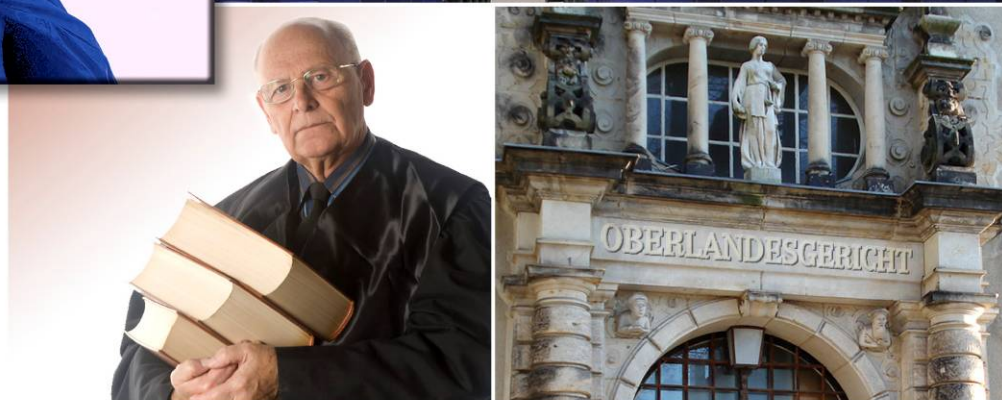
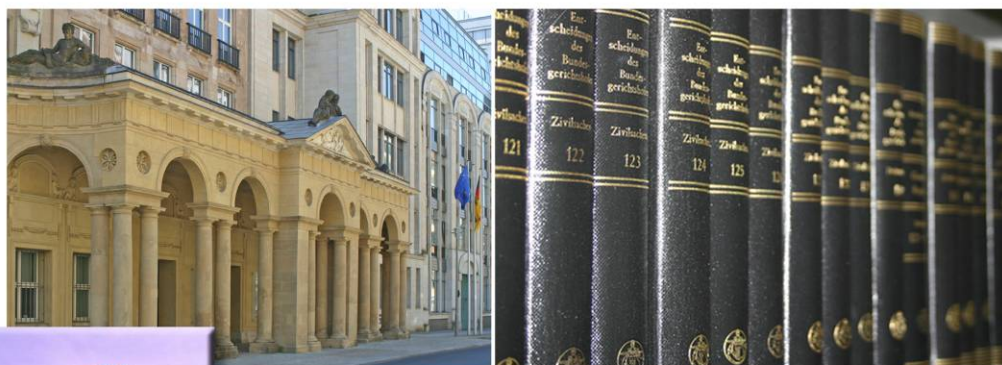


INFORECHT

Aktuelles aus dem Wirtschaftsrecht



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: Deutscher Industrie- und Handelskammertag | 11052 Berlin

Besucheranschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030-20308-2706 | Fax 030-20308-2777

Redaktion: Annette Karstedt-Meierrieks | E-Mail: kascheike.ludmilla@dihk.de | Internet: www.dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles	2
Bundesverfassungsgericht kündigt Entscheidungen für 2010 an.....	2
Novellierung der Planfeststellungsverfahren.....	2
Anpassung gewerberechtl.ich. Verordnungen an die Dienstleistungsrichtlinie	2
Einladung: Herausforderungen für gewerbliche Schutzrechte im Jahr 2010.....	2
Referentenentwurf für ein drittes Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes.....	2
DIHK übermittelt BMAS-Stellungnahme zu geplanten Änderungen im SGB.....	3
Umsetzung Energiedienstleistungsrichtlinie geht voran	3
Anpassung der Vorschriften über den Wertersatz bei Widerruf von Fernabsatzverträgen.....	3
Verlängerung der Verjährung bei Vorstandshaftung.....	4
Konsultation der EU-Kommission zur Europäischen Aktiengesellschaft	4
Änderungen an IFRS, IAS und den Interpretationen.....	4
EU-Kommission startet öffentliche Konsultation zur Normung	4
Bundeskabinett verabschiedet Gesetzentwurf zu Finanzmarktregulierung.....	5
SWIFT-Abkommen wird neu verhandelt	5
Informationsbedarf wächst erheblich.....	5
Eckpunktepapier zum Arbeitnehmerdatenschutz.....	5
Unternehmensbefragung zu grüner Beschaffung	5
Eckpunktepapier zur Finanzmarktregulierung passiert Kabinett	5
EU-Elternurlaubsrichtlinie - kein Umsetzungsbedarf für Deutschland.....	6
Verbändedeposition: Verbraucherinformationsgesetz sorgfältig evaluieren!.....	6
Deutsche Post AG verliert Mehrwertsteuerprivileg.....	6
Referentenentwurf eines Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren	6
Bericht über Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (SuGA) 2009	6
OLG München zur Eintragung eines Nicht-EU-Ausländers als GmbH-Geschäftsführer	6
Justizkommissarin Reding stellt Vollharmonisierung der Verbraucherrechte in Frage.....	7
Strengere Regeln für Lebensmittelkennzeichnung rücken näher	7
EuGH zur Auslegung des besonderen Gerichtsstands nach der Brüssel I-VO.....	7
Newsletter "Arbeitsrecht"	7
Aktuelle Steuerinformationen.....	7
Newsletter "Auftragswesen aktuell"	7

Aktuelles

■ Bundesverfassungsgericht kündigt Entscheidungen für 2010 an

Das Bundesverfassungsgericht hat seine Liste der in 2010 zur Entscheidung vorgesehenen Verfahren, veröffentlicht. Die gesamte Liste finden Sie auf der Internet-Seite des BVerfG.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) veröffentlicht zu Beginn eines jeden Jahres eine Übersicht der Verfahren, die in dem entsprechenden Jahr voraussichtlich entschieden werden sollen.

■ Novellierung der Planfeststellungsverfahren

Durch das Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz wurden zum 17.12.2006 Planfeststellungsverfahren z. B. für Fernstraßen oder Eisenbahnen beschleunigt. Die Verfahren wurden jeweils in den Fachgesetzen geregelt. Jetzt wird unserem Vorschlag zum Bürokratieabbau gefolgt und überlegt, die Planfeststellungsverfahren insgesamt einfacher und flexibler zu gestalten.

In dem Arbeitsentwurf zur Rückführung der Vorschriften über die Fachplanungen für Infrastrukturvorhaben in die allgemeinen Regelungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes werden vor allem die Beteiligungsvorschriften gestrafft. Grundsätzlich werden Erörterungstermine und Einwendungsverfahren gern von Verfahrensgegnern genutzt, um die Verfahren hinauszuzögern. Die vorgeschlagenen Regelungen sollen nun für einen geordneten Ablauf sorgen.

■ Anpassung gewerblicher Verordnungen an die Dienstleistungsrichtlinie

Die Verordnung zur Anpassung gewerblicher Verordnungen an die Dienstleistungsrichtlinie wurde im Bundesgesetzblatt 2010 Teil I Nr. 11 am 17.03.2010 verkündet.

Durch die Verordnung haben sich Änderungen er-

geben im Hinblick auf folgende Verordnungen:

- Versteigererverordnung
- Makler- und Bauträgerverordnung
- Schaustellerhaftpflichtverordnung.

■ Einladung: Herausforderungen für gewerbliche Schutzrechte im Jahr 2010

DIHK, BDI, Markenverband und APM laden erstmals gemeinsam zum Tag des Geistigen Eigentums am 26.04.2010 nach Berlin ein. Zu den Herausforderungen für gewerbliche Schutzrechte im Jahr 2010 werden u. a. praxisorientierte Workshops und Diskussionsrunden zu Patentqualität, Marken- und Produktpiraterie bei Vermittlern, Bewusstseinschärfung für Schutzrechte in der Gesellschaft sowie Innovationen in Schwellenländern angeboten. Die Teilnahme ist kostenfrei. Benutzen Sie bitte für die Teilnahmemitteilung die im Flyer enthaltene Anmeldekarte. Link zum Flyer:

<http://wm.ihk.de/geschaeftsfelder/recht-und-fairplay/gewerblich-rechtsschutz/sonstiges/einladungsflyer>

■ Referentenentwurf für ein drittes Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes

Die Richtlinie 2009/109/EG, die die Verschmelzungs-, die Spaltungsrichtlinie und die Richtlinie über die grenzüberschreitende Verschmelzung abgeändert hat, ist bis zum 30.06.2011 in nationales Recht umzusetzen. Der Entwurf zur Änderung des Umwandlungsgesetzes wurde nun vom Bundesministerium für Justiz vorgelegt. Einige der Änderungen, die die Richtlinie 2009/109/EG vorsieht, sind bereits durch das Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG) aus den letzten Jahr in das Umwandlungsgesetz aufgenommen worden (Internetveröffentlichung) oder aus anderen Gründen schon enthalten. Insofern hält sich der vorlegte Gesetzesänderungsbedarf in Grenzen.

Vorgesehen ist u. a. eine Unterrichtungspflicht der Vertretungsorgane. Diese haben die Anteilsinhaber

vor der Beschlussfassung über jede wesentliche Veränderung des Vermögens des Rechtsträgers zu unterrichten, die zwischen Verschmelzungsvertrag oder Aufstellung des Entwurfs und dem Zeitpunkt der Beschlussfassung eingetreten ist (§ 8 Abs. 3 UmwG-E). Ebenso haben sie die Vertretungsorgane der anderen beteiligten Rechtsträger zu unterrichten, damit diese ihrer Pflicht, ihre Anteilseigner zu informieren, nachkommen können. Ein Verzicht auf diese Unterrichtung ist unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Soweit der Aktionär einverstanden ist, soll mittels § 62 Abs. 3 Satz 7 und § 63 Abs. 3 UmwG-E vorgesehen werden, dass Unterlagen auf elektronischem Weg übermittelt werden können. Neue Regelungen werden u. a. bei Verschmelzung von 100-prozentiger Tochter- auf die Muttergesellschaft vorgesehen. Zudem soll ein bislang mit 90 Prozent beteiligtes Mutterunternehmen alle Anteile am Tochterunternehmen erwerben und dann eine Verschmelzung unter den vereinfachten Bedingungen bei 100-prozentiger Beteiligung durchführen können.

Weitere Änderungen finden sich zur Zwischenbilanz (§ 63 UmwG-E), Prüfung von Sacheinlagen bzw. Gründung und zum Verschmelzungsvertrag durch eine Person (§ 69 Abs. 1 Satz 4 UmwG-E, § 75 UmwG-E).

■ DIHK übermittelt BMAS-Stellungnahme zu geplanten Änderungen im SGB

Das BMAS hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und zur Änderung anderer Gesetze vorgelegt. Unter anderem ist davon das Verfahren zur Festsetzung des Insolvenzgeldumlagesatzes betroffen.

■ Umsetzung Energiedienstleistungsrichtlinie geht voran

Die Bundesregierung hat sich informell darauf geeinigt, nunmehr sehr schnell ein Gesetz zu erlassen, das die Richtlinie 2006/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 05.04.2006

über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen umsetzt. Der Titel soll lauten: Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (EDL-G). Die Grundsatzdebatte wird verschoben.

■ Anpassung der Vorschriften über den Wertersatz bei Widerruf von Fernabsatzverträgen

Mit dem Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Vorschriften über den Wertersatz bei Widerruf von Fernabsatzverträgen soll das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 03.09.2009 (Rechtssache C 489/07, Messner) umgesetzt werden. Nach dieser Entscheidung ist mit der Fernabsatzrichtlinie die deutsche Wertersatzregelung unvereinbar, wonach der Unternehmer vom Verbraucher für die Nutzung der im Fernabsatz gekauften Ware bei fristgerechtem Widerruf generell Wertersatz verlangen kann. Der EUGH hatte aber auch festgestellt, dass der Wertersatz nicht schlechterdings ausgeschlossen sein muss. Wertersatz soll vielmehr dann zulässig sein, wenn der Verbraucher die Ware auf eine mit den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts – wie denen von Treu und Glauben oder der ungerechtfertigten Bereicherung – unvereinbare Art und Weise benutzt hat. Jedoch dürften die Zielrichtung der Fernabsatzrichtlinie und insbesondere die Wirksamkeit und Effektivität des Widerrufsrechts durch eine solche Regelung nicht beeinträchtigt werden.

Um den Vorgaben der EuGH-Entscheidung Rechnung zu tragen, sieht der Gesetzentwurf vor, dass es bei Fernabsatzverträgen künftig keinen Wertersatz für die aus dem Besitz der Ware folgende bloße Nutzungsmöglichkeit mehr geben soll. Für eine Verschlechterung, die durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstanden ist, soll der Verbraucher in Zukunft nur Wertersatz leisten müssen, soweit die Verschlechterung auf einem Umgang mit der Sache beruht, die über die Prüfung der Eigenschaft und der Funktionsfähigkeit hinausgeht. § 357 Abs. 3 BGB soll entsprechend angepasst werden. Durch die Formulierung wird gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, dass die

Beweislast für die maßgebliche Art der Verschlechterung künftig beim Unternehmer liegen soll. Die Muster für die Muster- und Widerrufsbelehrung sollen entsprechend angepasst werden.

■ Verlängerung der Verjährung bei Vorstandshaftung

Das Bundeskabinett hat am 31.03.2010 ein [Eckpunktepapier](#) zur Finanzmarktregulierung beschlossen. Darin enthalten ist neben Bankenabgabe und Änderung der Aufsicht für Kreditinstitute auch eine Verlängerung der Haftung von Vorständen börsennotierter Aktiengesellschaften bei Pflichtverletzung. Die Ersatzansprüche aus Pflichtverletzungen sollen erst nach zehn Jahren verjähren (bisher fünf Jahre). So sind – laut den verantwortlichen Ministerien – Ersatzansprüche gegen Organe von Aktiengesellschaften auch möglich, wenn sie später bekannt werden oder erst geltend gemacht werden können, wenn sich die personale Zusammensetzung eines Vorstandes oder Aufsichtsrates verändert.

■ Konsultation der EU-Kommission zur Europäischen Aktiengesellschaft

Nach den ersten fünf Jahren Erfahrung und Gründung von insgesamt 431 Europäischen Aktiengesellschaften (Stand: 10.09.2009) prüft die EU-Kommission, ob der Rechtsrahmen verbessert werden kann. Seit dem 29.12.2004 kann die Europäische Aktiengesellschaft bzw. Societas Europaea (SE) in Deutschland gegründet werden. Bis September 2009 wurden in Deutschland 91 SE ins Handelsregister eingetragen. Eine von Ernst & Young im Auftrag der EU-Kommission erstellte [Studie](#) analysiert die Umsetzungsrechtsakte, die Anzahl der SE in den Mitgliedstaaten, die Vor- und Nachteile der SE, praktische Probleme etc.. Implikationen im Hinblick auf die Mitbestimmung bzw. die Frage des monistischen oder dualistischen Boards finden sich ebenfalls in der Studie. Ziel der bis zum 23.05.2010 laufenden [Konsultation](#) soll ggf. eine Änderung bzw. Verbesserung des aktuellen Rechtsrahmens sein.

■ Änderungen an IFRS, IAS und den Interpretationen

Die EU-Kommission hat in ihren Verordnungen Nr. 243/2010 und Nr. 244/2010 verschiedene Änderungen an den Standards und Interpretationen der internationalen Rechnungslegung angenommen und veröffentlicht.

Durch die Verordnung (EU) Nr. 243/2010, veröffentlicht im Amtsblatt L 77, Seite 33 ff. wurden Änderungen an IFRS 2 („Anteilsbasierte Vergütungen“), IFRS 5 („Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche“), IFRS 8 („Geschäftssegmente“) und IAS 1 („Darstellung des Abschlusses“), IAS 7 („Kapitalflussrechnungen“), IAS 17 („Leasingverhältnisse“), IAS 36 („Wertminderung von Vermögenswerten“), IAS 38 („Immaterielle Vermögenswerte“), IAS 39 („Finanzinstrumente Ansatz und Bewertung“) seitens der EU-Kommission angenommen. Zudem wurden die Interpretationen 9 („Neubeurteilung eingebetteter Derivate,“) und 16 („Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“) geändert.

Die Verordnung (EU) Nr. 244/2010, veröffentlicht im Amtsblatt L 77, Seite 42 ff., hat den IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütung“ geändert und die Interpretationen 8 und 11 aufgehoben. Die Unternehmen wenden die Änderungen durch die zwei genannten Verordnungen spätestens mit Beginn des ersten nach dem 31.12.2009 beginnenden Geschäftsjahres an.

■ EU-Kommission startet öffentliche Konsultation zur Normung

Nach der gründlichen Modernisierung der EU-Vorschriften zur Vermarktung von Produkten im Binnenmarkt steht jetzt die Normung bzw. das Europäische Normungssystem im Fokus der EU-Gesetzgebung. Dazu wurde eine öffentliche Konsultation gestartet.

■ **Bundeskabinett verabschiedet Gesetzentwurf zu Finanzmarktregulierung**

Die Bundesregierung hat am 24.03.2010 einen Entwurf des „Gesetzes zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie“ verabschiedet. Betroffen sind das Kreditwesen- und das Pfandbriefgesetz. Die wesentlichen Teile müssen vor dem 31.12.2010 in deutsches Recht umgesetzt werden.

■ **SWIFT-Abkommen wird neu verhandelt**

Nachdem das EU-Parlament das von Rat und Kommission abgeschlossene, bis Oktober 2010 befristete Abkommen abgelehnt hat, muss mit den USA ein neues Abkommen ausgehandelt werden. Hierzu hat die EU-Kommission im März ein Verhandlungsmandat beschlossen. Geplant ist, die neue Vereinbarung in der 2. Jahreshälfte 2010 zu schließen.

■ **Informationsbedarf wächst erheblich**

Die Auftragsberatungsstellen in Deutschland verzeichnen eine höhere Nachfrage nach Information, Beratung und Schulung im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Zwar verzögert sich das Inkrafttreten von VOB, VOL und VOF, dennoch sind die Änderungen sowohl für die öffentlichen Auftraggeber als auch für die an öffentlichen Aufträgen interessierten Unternehmen bereits jetzt von erheblicher Bedeutung.

Die von den IHKs und teilweise auch von den HwKs finanzierten Auftragsberatungsstellen bieten ihre Informationen, Beratungen und Schulungen den öffentlichen Auftraggebern und auch den Unternehmen an. Sie sind in den Bundesländern die speziellen Fachinstitutionen für das Vergaberecht.

■ **Eckpunktepapier zum Arbeitnehmerdatenschutz**

Der Vorstand des DIHK hat in seiner Sitzung am 24.03.2010 ein Eckpunktepapier zum Arbeitnehmerdatenschutz beschlossen. Es enthält aus Sicht der Wirtschaft die wesentlichen Aspekte für eine gesetzliche Regelung im BDSG. Das BMI hat bereits einen Referentenentwurf formuliert, der in den nächsten Tagen in die Ressortabstimmung gehen wird. Der Entwurf basiert auf einem Eckpunktepapier des Ministeriums

http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/941830/publicationFile/60618/eckpunkte_an_datenschutz.pdf;jsessionid=F1913FDD41C78B872B34E63AE3B838A0.

■ **Unternehmensbefragung zu grüner Beschaffung**

Am 16.06.2010 führen der DIHK und das vom Wirtschafts- und Umweltministerium getragene Projektbüro Klimaschutz und Energieeffizienz eine Fachkonferenz zur grünen Beschaffung durch. Weitere Informationen per E-Mail: kaschei-ke.ludmilla@dihk.de

■ **Eckpunktepapier zur Finanzmarktregulierung passiert Kabinett**

Das [Eckpunktepapier](#) wurde am 31. März 2010 im Kabinett verabschiedet und soll in Kürze in einen ausführlichen Gesetzentwurf einfließen. Das Eckpunktepapier enthält folgende Regelungsgebiete:

- Neue aufsichtsrechtliche Instrumente und Restrukturierung systemrelevanter Banken
- Reorganisationsverfahren für systemrelevante Banken
- Stabilitäts-Fonds und Bankenabgabe
- Neue Rolle für die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung
- Längere Haftung von Vorständen börsennotierter Aktiengesellschaften bei Pflichtverletzung, vgl. auch oben.

■ EU-Elternurlaubsrichtlinie – kein Umsetzungsbedarf für Deutschland

Die durch die Sozialpartner überarbeitete EU-Elternurlaubsrichtlinie ist im März 2010 im Amtsblatt veröffentlicht worden. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umsetzen. In Deutschland besteht allerdings kein Umsetzungsbedarf, da die Vorgaben der geänderten Richtlinie bereits erfüllt werden. Der Text der Richtlinie ist zu finden unter:

<http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:068:0013:0020:DE:PDF>

■ Verbändedeposition: Verbraucherinformationsgesetz sorgfältig evaluieren!

Das Verbraucherinformationsgesetz steht auf dem Prüfstand. Im Auftrag der Bundesregierung evaluiert die Philipps-Universität in Marburg derzeit, ob die Verbraucher davon tatsächlich Gebrauch machen oder ob es ein Spielball für Verbraucherschutzverbände ist. Bevor wieder nach schärferen Regeln gerufen wird, fordern die Spitzenverbände der Wirtschaft, genau hinzuschauen.

■ Deutsche Post AG verliert Mehrwertsteuerprivileg

Der Bundesrat hat am 26.03.2010 der Gesetzesänderung zugestimmt, nach der die Deutsche Post AG ab 01.07.2010 ihr bisheriges Mehrwertsteuerprivileg auf bestimmte Sendungen verlieren wird und viele Postdienstleistungen der vollen Umsatzsteuer unterliegen werden. Gleichzeitig können Wettbewerber der Deutschen Post AG für bestimmte Dienstleistungen von der Umsatzsteuer befreit werden. Das betrifft die sog. Universaldienstleistungen. Damit bleiben die Postdienstleistungen für Privathaushalte weitestgehend umsatzsteuerfrei. Geschäfts- und Massenpost, für die abweichende Konditionen ausgehandelt wurden, unterliegen künftig hingegen dem Regelsteuersatz von 19 %.

■ Referentenentwurf eines Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren

Das BMJ legt den Entwurf eines Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vor. Der Entwurf schlägt die – auch auf präventive Wirkung abzielende – Normierung eines neuartigen Entschädigungsanspruchs für Fälle überlanger Gerichtsverfahren vor. Andere im Einzelfall mögliche Ansprüche, insbesondere aus Amtshaftung, sollen mit dem neuen Entschädigungsanspruch in Anspruchskonkurrenz stehen. Die Entschädigungsmöglichkeit soll für alle Arten von Gerichtsverfahren gelten und im GVG verankert werden. Für strafrechtliche Verfahren ist eine besondere Regelung vorgesehen (Artikel 1, Nummer 2, § 199 GVG-E), die den dortigen Besonderheiten Rechnung trägt, insbesondere der Kompensationsmöglichkeit durch Berücksichtigung eines überlangen Gerichtsverfahrens bei der Strafvollstreckung.

■ Bericht über Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (SuGA) 2009

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beabsichtigt, einen statistischen Bericht über Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik Deutschland zu erstellen.

■ OLG München zur Eintragung eines Nicht-EU-Ausländers als GmbH-Geschäftsführer

Das OLG München, (v. 17.12.2009, Az.: W x 142/09), veröffentlicht u. a. in ZIP 3/2010, stellt fest, dass seit Inkrafttreten des MoMiG nicht mehr gefordert werden kann, dass dem Geschäftsführer die jederzeitige Einreise möglich sein muss. Im Umkehrschluss kann auch für eine im Inland lebende ausreisepflichtige Person nichts anderes gelten.

■ Justizkommissarin Reding stellt Vollharmonisierung der Verbraucherrechte in Frage

Frau Reding hat am 15.03. bei dem Europäischen Verbrauchertag in Madrid und am 16.03.2010 im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments sich das erste Mal nach ihrem Amtsantritt zu der Richtlinie über die Rechte der Verbraucher geäußert. Dabei stellte sie den von der Europäischen Kommission 2008 vorgeschlagenen Vollharmonisierungsansatz in Frage.

■ Strengere Regeln für Lebensmittelkennzeichnung rücken näher

Nach langwierigen Debatten hat der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments am 18. März einen Bericht über die Kennzeichnung von Nahrungsmitteln verabschiedet. Demnach müssen die Hersteller zukünftig auf allen Lebensmittelverpackungen klare Informationen z. B. über den Kalorien- und Nährwertgehalt anbringen, die umstrittene Kennzeichnung mit Ampelfarben lehnten die Abgeordneten hingegen ab.

■ EuGH zur Auslegung des besonderen Gerichtsstands nach der Brüssel I-VO

Der EuGH hat am 11.03.2010 in der Rechtssache C-19/09 entschieden, dass eine Klage am Erfüllungsort anhängig gemacht werden kann, auch wenn die in Frage stehende Vertrag die Erbringung von Dienstleistungen in mehreren Mitgliedsstaaten zum Gegenstand hat.

■ Newsletter "Arbeitsrecht"

finden Sie unter:

<http://www.dihk.de/inhalt/themen/rechtundfairplay/rechtallgemein/arbeitsrecht.html>

■ Aktuelle Steuerinformationen

finden Sie unter:

<http://www.dihk.de/inhalt/themen/rechtundfairplay/steuerrecht/steuerinfo/index.html>

■ Newsletter "Auftragswesen aktuell"

Den Newsletter "AUFTRAGSWESEN AKTUELL" können Sie hier abonnieren:

<http://www.had.de/start.php?topmenu=aktuell>